

## ANFRAGE

des Abgeordneten Pfister

an Herrn Landesrat für Finanzen und Landeskliniken Dipl. Ing. Ludwig Schleritzko

### **betreffend ÖVP-Finanzskandal von Moorbad Harbach**

Moorbad Harbach: 900 Bewohner\*innen - 700 Haupt- und 200 Nebenwohnsitzer\*innen, ein Moorbad, 100 % ÖVP im 15-köpfigen Gemeinderat. Ein Budget von ca. 2,2 Millionen EUR jährlich und Schulden von ca. 3,5 Millionen EUR. Der Schuldenstand hat sich in den letzten 5 Jahren versiebenfacht.

Wie kam es dazu? Laut Gemeinderatsprotokollen stimmten die ÖVP-Gemeinderät\*innen unter Führung der Bundesratsvorsitzenden und Bürgermeisterin Margit Göll im Oktober 2022 für Kredite in Höhe von fast 3 Mio. EUR Kredit - zu variablen Zinssätzen.

Im Budgetvoranschlag 2021 (Gemeinderatsprotokoll vom 10.12.2020) wurde für den Umbau des Gemeindeamtes 800.000 EUR budgetiert, laut Voranschlag sei eine Kreditaufnahme von 510.000 EUR notwendig, Bedarfszuweisungen würden in der Höhe von 170.000 EUR erfolgen.

Doch die Kosten explodierten: Bürgermeisterin Göll sprach in der NÖN vom 1.12.2021 bereits von Kosten in der Höhe von 1,3 Millionen EURO.

Es kam zu einer Volksbefragung im Frühling 2022, weil weite Teile der Gemeinde den enorm teuren Umbau ablehnten. Moorbad-Harbach habe 700 Hauptwohnsitzer\*innen und sei keine Großstadt. 10 % waren für die Einleitung der Volksbefragung erforderlich, 20 % wurden erreicht.

Die Fragestellung lautete laut Antrag der Bürger\*innen: „Sollten statt des geplanten Umbaues des Gemeindeamtes Moorbad Harbach nur die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden?“ Die Gemeinde änderte diesen Vorschlag und machte daraus ein: „Sind Sie dafür, dass Moorbad Harbach die notwendigen Sanierungen im Gemeindeamt durchführt, das Gemeindeamt klimafreundlich dämmt und einen behindertengerechten Eingang errichtet?“ Aus Protest nahmen nur 57 % der Gemeindebürger\*innen teil, trotzdem stimmten 40 % gegen den Umbau.

Es folgte am 3.10.2022 eine Gemeinderatssitzung: Beschluss von Baukosten i.H.v. 859.712,88 EUR (Finanziert durch Zweckzuschuss des Bundes 75.585,71 EUR), Bedarfszuweisungen i.H.v. 210.000 EUR für 2022 und EUR 210.000 EUR für 2023. Im Nachtragsvoranschlag wird dann plötzlich von Kosten von 1,3 Millionen EUR gesprochen.

In der gleichen Sitzung genehmigte die Kleingemeinde im ÖVP-Gemeinderat Kreditaufnahmen von insgesamt 2,898 Millionen EUR. Zwei kleinere Projekte sowie 1.953.600 EUR für einen Turnsaalumbau und 944.000 EUR für das Gemeindeamt. Laut Gemeinderatsprotokoll wurden variable Kredite aufgenommen. Im Oktober 2022, mehr als sechs Monate nach dem Beginn des Ukrainekrieges und zu einem Zeitpunkt, als die EZB längst begonnen hat die Zinsen zu erhöhen.

Aus einem ursprünglichen Zinssatz von 2,1 %, vereinbart für die erste Zinsperiode von einem halben Jahr, ist dank des variablen Kredits ein Kreditsatz von 0,81 % über Euribor ab 1.1.2023 geworden. Daher 2,732 % am 1.1.2023 und inzwischen 3,913 % am 1.6.2023. Das ist beinahe eine Verdoppelung. Ein Ende der Fahnenstange ist nicht in Sicht, weitere Zinsschritte wurden in der September-Sitzung der EZB beschlossen.

Für die Bewohner\*innen von Moorbach Harbach, die sich eigentlich über einen neuen Turnsaal und ein neues Gemeindehaus freuen sollten, bedeutet das einen gewaltigen Schaden: Die Mehrkosten aus den beiden Bauprojekten plus die bereits derzeitige Mehrbelastung durch die Zinsen von fast 2.000 EUR je Einwohner\*in aus. 2.000 Euro Mehrkosten pro Einwohner\*in, die künftige Generationen belasten.

Für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher stellt sich nun die Frage, ob hier wieder mit zweierlei Maß gemessen wird. Während der normale Häuslbauer für den Kredit, den er sich nicht mehr leisten kann, im Regen stehen gelassen wird und noch von der ÖVP als „nicht finanzgebildet“ beschimpft wird, stellt sich die Frage, wer haftet für den Finanzwahnsinn in Moorbach Harbach? Wer übernimmt die Verantwortung für diese verantwortungslose Verschuldung der Gemeinde und ihrer Bürger\*innen? Ist es mit den richtigen Kontakten als Bundesratspräsidentin möglich sich in dem Fall helfen zu lassen und einen Zinspreisdeckel quasi vom Land zu bekommen, während alle anderen im Regen stehen gelassen werden?

All diese Fragen werden wir in Landesregierung und Landtag thematisieren. Denn statt eines Rettungsschirms für die ÖVP brauchen wir einen Rettungsschirm für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher.

Das bedeutet ein Demokratiepaket für Niederösterreich, um die Transparenz zu steigern und eine dermaßen fahrlässige Verschuldung der Bürgerinnen und Bürger zu

verhindern. Ein Kreditpreisdeckel für normale Häuslbauer statt für die ÖVP und eine sofortige Wiederaufnahme des gemeinnützigen, geförderten Wohnbaus für leistbaren Wohnbau statt teurer Luxusprojekte.

Der/Die Gefertigte stellt daher an Herrn Landesrat Dipl. Ing. Schleritzko folgende

*Der/Die Gefertigte stellt daher an Frau Landeshauptfrau Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner folgende*

### **A n f r a g e:**

1. Wann erlangten Sie Kenntnis von dem ÖVP-Finanzskandal in Moorbach Harbach? Welche Handlungen setzen Sie nach Kenntnisnahme des Finanzskandals?
2. Wurden Sie oder Ihr Büro im Vorfeld der Baubeschlüsse betreffend des Gemeindeamts bzw. des Turnsaals in Moorbach Harbach seitens der Gemeinde, der Bürgermeisterin Göll, anderer ÖVP-Gemeinderät\*innen oder Funktionär:innen kontaktiert? a. Wenn ja, was waren die Inhalte der Anfragen bzw. Gespräche? Was waren Ihre Auskünfte?
3. Wurden Sie oder Ihr Büro im Vorfeld der Gemeinderatssitzung, in der die Kreditaufnahmen für den Bau des Gemeindeamtes bzw. zum Turnsaal in Moorbach Harbach seitens der Gemeinde, der Bürgermeisterin Göll, anderer ÖVP-Gemeinderät\*innen oder Funktionär\*innen kontaktiert?
  - a. Wenn ja, was waren die Inhalte der Anfragen bzw. Gespräche? Was waren Ihre Auskünfte?
4. Wann wurde seitens der Gemeinde die Genehmigung der Kreditaufnahmen seitens der Landesregierung beantragt?
5. Welche Kriterien gelten für die Aufnahme und Genehmigung von Darlehen von Gemeinden? Bitte um genaue Darlegung der Rechtsnormen und Subsumption im konkreten Fall.
6. In welcher Sitzung der Landesregierung wurden die Kreditaufnahmen der ÖVP-Gemeinde genehmigt?
  - a. Falls sie genehmigt wurden: Warum wurden sie genehmigt? Mit welcher Begründung wurden Sie genehmigt?
  - b. Falls sie nicht genehmigt wurden: Warum wurden sie nicht genehmigt?
7. Nachdem der Kreditwahnsinn sich entfaltetete und die immer größere Zinsbelastung die Gemeinde immer weiter an den Rand des Finanzruins trieb,

nahmen die Gemeinde, Bürgermeisterin Göll, andere ÖVP-Gemeinderät\*innen oder Funktionär\*innen Kontakt mit Ihnen auf, um einen Zinspreisdeckel in Form von Bedarfszuweisungen oder anderer Finanzsondermittel auszuverhandeln?

a. Wenn ja, was waren die Inhalte der Anfragen bzw. Gespräche? Was waren Ihre Auskünfte?

8. Ist es üblich, dass ÖVP-Gemeinden sich mit fast 150 % ihres Budgets verschulden dürfen?

9. Wird die Landesregierung die Gemeinde der ÖVP-Spitzenfunktionärin Göll retten?

a. Wenn ja, warum werden nur ÖVP-Gemeinden gerettet und nicht Häuslbauer\*innen?

10. Wird es Schulungen in Finanzbildung von ÖVP-Gemeindebund-Funktionär\*innen geben?